

23.05.2014

Silke Krebs hält an der Fusion der SWR-Orchester fest

Staatsministerin Silke Krebs (Grüne) bleibt dabei: Die SWR-Orchester werden im Herbst 2016 fusioniert, falls es nicht gelingt "in erheblichem Umfang privates Kapital" zur Finanzierung beider Sinfonieorchester lockerzumachen.



Staatsministerin Silke Krebs (Grüne) Foto: PR

BZ-Korrespondentin Bettina Wieselmann hat Krebs in Stuttgart dazu befragt.

BZ: Frau Ministerin, würden Sie sich als Fan des Sinfonieorchesters Baden-Baden-Freiburg bezeichnen?

Krebs: Fan ist vielleicht der falsche Begriff. Aber ich habe unwahrscheinlichen Respekt vor der Leistung dieses Orchesters. Ich weiß, dass es einen Ruf hat, der weltweit seinesgleichen sucht. Dass dort neue Musik besonders intensiv praktiziert, gelebt und gekonnt wird.

BZ: Sie sind heftig unter Beschuss geraten. Bedauern Sie inzwischen, dass Sie im SWR-Verwaltungsrat sitzen und die hochumstrittene Orchesterfusion mittragen müssen?

Krebs: Nein, das bedauere ich nicht. Der SWR will die Orchester ja nicht aus Jux und Tollerei zusammenlegen. Aus dem Blickwinkel der Kultur ist das ein Verlust. Doch bei gleichbleibendem Budget – de facto, wenn man die Teuerung bedenkt, sogar abschmelzenden Mitteln – muss der Sender viele neue Zukunftsaufgaben bewältigen. Ganz besonders muss er auch das Publikum der unter 50-Jährigen besser erschließen. Diese Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn gleichzeitig in allen Bereichen Einsparungen vorgenommen werden. Das geht uns in der Landespolitik ähnlich. Es geht immer um Abwägungsprozesse.

BZ: Warum gibt es denn zum SWR-Fusionsbeschluss, der jährlich fünf Millionen Euro Einsparungen bringen soll, keine Alternativen?

Krebs: Es gibt immer Alternativen. Wir haben im Beschluss ja auch ausdrücklich festgehalten, dass wir ein Fenster offen lassen, falls sich grundsätzlich andere Rahmenbedingungen ergeben. Aber klar ist auch, die fünf Millionen Euro müssten eingespart werden. Das ist die Bedingung für jede Lösung.

BZ: Eine Stiftungslösung war und ist im Gespräch.

Krebs: So ist es. Aber klar ist auch, damit sie zustande kommt, muss in erheblichem Umfang privates Kapital beigetragen werden.

BZ: Verstehen Sie, dass es trotz des breiten Protestes an Sponsoren fehlt?

Krebs: Ich würde mir jedenfalls wünschen, es wäre anders.

BZ: Gebraucht werden mehr als sechs Millionen, die vom SWR zunächst zugesagten 4,5 Millionen Euro gar nicht mitgerechnet.

Krebs: So ist jedenfalls die vom SWR genannte Größenordnung.

BZ: Der Freiburgerin und Grünen-Fraktionschefin Edith Sitzmann ist kurz vor der Kommunalwahl noch die Forderung nach einem Runden Tisch eingefallen. Was sagt die Freiburgerin Krebs dazu?

Krebs: Ich finde das eine sehr gute Idee. An den Erhalt des Orchesters knüpfen sich eine Menge Hoffnungen, es gibt sehr viel Engagement, aber auch eine Menge ungeklärter Annahmen. Jetzt noch einmal gemeinsam festzustellen, welche Angebote gibt es, woran fehlt es, das verschafft einen realistischen Überblick und gegebenenfalls eine reale Chance. Die Landesregierung wird gern am Runden Tisch teilnehmen und einen Beitrag dazu leisten.

BZ: Ginge es nach den Fusionsgegnern dann könnte das Orchester mit gutem Willen von SWR und Land Bestand haben.

Krebs: Es fehlt ja nicht an gutem Willen, wohl aber an den nötigen Finanzmitteln.

BZ: Macht es sich die Landesregierung nicht zu leicht, wenn sie die Orchesterfrage zur SWR-Sache erklärt?

Krebs: Der SWR ist, so will es die Verfassung, eine selbstverwaltete Rundfunkanstalt. Es steht einer Regierung nicht zu, in ihre Entscheidungen einzugreifen.

BZ: Kritiker werfen Intendant Boudgoust vor, selbstherrlich die Fusion vorgegeben zu haben – mit Ihrer Unterstützung.

Krebs: Das sind schon seltsame Vorstellungen. Jeder weiß, dass die SWR-Gremien, die schließlich den gesamten Sender im Blick haben müssen, sehr, sehr einmütig nach intensiver Diskussion auch mit den Kritikern in mehrfach bekräftigten Voten entschieden haben. Das ist keine Entscheidung einzelner Personen. Am Dialog hat es nicht gemangelt. Wenn wir so viel Geld für das Freiburger Orchester akquiriert hätten, wie wir miteinander gesprochen haben, hätten wir bereits eine tragfähige Lösung gefunden.

– Silke Krebs, 1966 in Aschaffenburg geboren, zog als damals jüngste Gemeinderätin 1989 ins Freiburger Stadtparlament ein. Von 2009 bis 2011 war Krebs eine von zwei Landesvorsitzenden der Südwest-Grünen. Seit Mai 2011 ist sie Ministerin im Staatsministerium und dort die politische Vertreterin von Ministerpräsident Winfried Kretschmann.